



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

zum Ausgang der letzten Sitzungswoche 2019 lohnt ein kurzer Blick zurück. Die vergangenen zehn Jahre waren gute Jahre für unser Land. Die Union hat sie maßgeblich mitgestaltet. Am Ende dieses Jahrzehnts stellen wir fest: Noch nie zuvor waren mit 45,4 Millionen in Deutschland mehr Menschen in Arbeit als im Jahr 2019. Noch nie haben so viele in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen gearbeitet. Das positive Wirtschaftswachstum seit 2010 hat die Bruttolöhne und die Haushaltseinkommen merklich steigen lassen. Die Renten sind in den westlichen Bundesländern um 20 Prozent, in den östlichen Ländern sogar um 30 Prozent gestiegen. Das zeigt deutlich: Die beste Rentenpolitik ist gute Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig haben wir die Trendwende geschafft und legen seit 2014 einen ausgeglichenen Haushalt vor.

Die Bundesmittel für Bildung und Forschung steigen schon seit 2005 kontinuierlich auf zuletzt 18,3 Milliarden Euro. Deutschland ist heute im internationalen Vergleich eines der stärksten und innovativsten Länder weltweit.

Wir wollen auch in Zukunft dafür sorgen, dass Deutschland stark und lebenswert bleibt. Auch wenn wir immer einiges besser machen können, gibt es keinen Grund, unser Land schlecht zu reden. Wir wollen in Zukunft daran arbeiten, es noch besser zu machen. Deutschland soll dabei stark und sicher bleiben. Dafür stehen wir als Union, darauf können sich die Menschen in Deutschland verlassen.

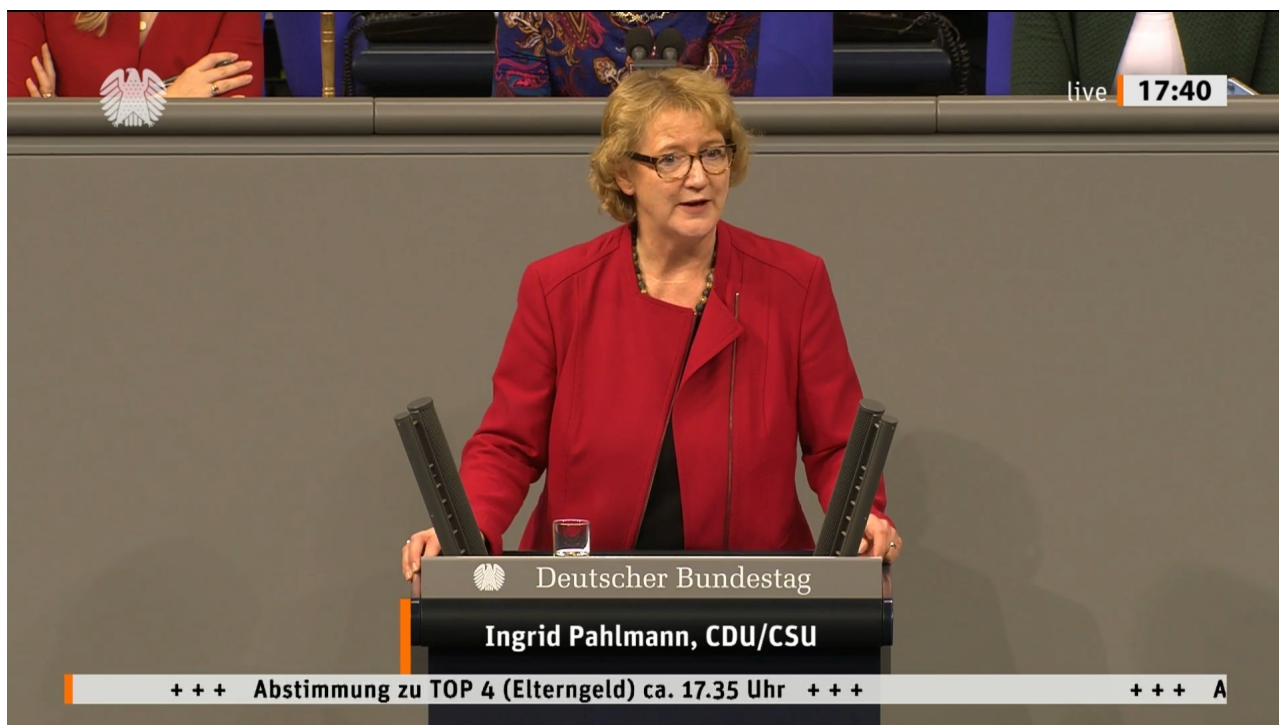
Nun wünsche ich Ihnen aber zunächst ein frohes, besinnliches Weihnachtsfest und ein erfolgreiches, gesundes Jahr 2020.

Herzliche Grüße
Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

Elterngeld ist eine Erfolgsgeschichte



Am Mittwoch hatte ich erneut das Vergnügen, im Plenum des Deutschen Bundestages eine Rede zu halten. Anlass war diesmal eine Debatte über zwei Anträge aus der Opposition zum Thema Elterngeld. Das Elterngeld ist ein Erfolgsprojekt der Union, das heute zu den meist geschätzten Familienleistungen gehört. In Kürze wollen wir einige Verbesserungen auf den Weg bringen. Dabei wollen wir Eltern in besonderen Situationen, zum Beispiel nach Mehrlings- und Frühgeburten, stärker unterstützen. Auch Verbesserungen bei dem Zeitkorridor und den Rückzahlungsmodalitäten sowie im Bereich Digitalisierung sind geplant.

Mit einem Klick auf das Foto oben gelangen Sie zu dem Videomitschnitt.

Demografischer Wandel im Fokus

Auf Einladung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Inneren, für Bau und Heimat, Marco Wanderwitz, nahm ich am Mittwoch an einem Gespräch mit Experten zum Thema Alterung der Babyboomer teil. In einer fraktionsübergreifenden, lockeren Reihe von informellen Treffen mit Wissenschaftlern beschäftigen wir uns mit verschiedenen Aspekten und Herausforderungen des demografischen Wandels. Die Reihe wurde von Herrn Wanderwitz ins Leben gerufen. Ich freue mich, da mitarbeiten zu dürfen.



Bericht aus Berlin

Unser Wald braucht Hilfe — Waldumbau vorantreiben

Mit unserem Koalitionsantrag „Unser Wald braucht Hilfe – Waldumbau vorantreiben“ unterstreichen wir die Anstrengungen der Bundesregierung, den Wald in Deutschland bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Wir fordern Bund und Länder dazu auf, gemeinsam finanzielle Maßnahmen zu prüfen, die für den notwendigen Waldumbau sowie zur Folgenbewältigung von Extremwetterereignissen eingesetzt werden können. Darüber hinaus sollen die forstwissenschaftliche Forschung ausgebaut und das Bauen mit Holz sowie die Holzlogistik unterstützt werden.



Waldbericht der Bundesregierung 2017

Der Waldbericht 2017 gibt einen Überblick sowohl über die Situation des Waldes als auch zur Forst- und Holzwirtschaft in Deutschland. Unterstrichen wird hierbei die Tatsache, dass dem Wald – 32 Prozent unserer Landesfläche – Bedeutung in vielen Zusammenhängen wie etwa für die Artenvielfalt, der Erholung aber auch für die Wertschöpfung zukommt. Mit dem Wald und der Holznutzung sind mehr als eine Million Arbeitsplätze in Deutschland verknüpft. Erfreulich ist, dass sich, trotz der aktuellen Herausforderungen, die ökologische Wertigkeit der deutschen Wälder in den letzten Jahrzehnten deutlich verbessert hat.



Bericht aus Berlin

Besseres Wolfsmanagement durch Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes

Die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes bringt wichtige Fortschritte beim drängenden Problem des Umgangs mit dem Wolf. Zu den Regelungen gehören ein Fütterungsverbot, die Pflicht für die Behörden zur Entnahme von Wolfshybriden, die Mitwirkung der Jagdberechtigten bei der Entnahme und die Herabsetzung der Schadensschwelle, ab der Wölfe entnommen werden dürfen. Zudem ist die Tötung von Wölfen künftig auch dann möglich, wenn nicht eindeutig klar ist, welcher Wolf des Rudels gerissen hat. Somit besteht künftig die Möglichkeit, mehrere Wölfe eines Rudels zu töten, bis die Risse aufhören.



Diese Regelungen führen zu mehr Schutz der Bürgerinnen und Bürger, verbessern die Situation der Nutztierhalter und helfen beim Schutz ihrer Tiere. Zugleich fördern sie die Akzeptanz der Wiederausiedlung des Wolfes, einer streng geschützten Art.

Unser mit dem Koalitionspartner vereinbarter Änderungsantrag

stärkt die Mitwirkung der Jäger bei der Jagd auf den Wolf, regelt auch Entschädigungszahlungen für Hobbytierhalter, die von Wolfsangriffen betroffen sind und stellt klar, dass die Regelungen der Novelle ausschließlich für den Wolf und nicht auch für weitere streng geschützte Arten gelten. Weitere Schritte in Richtung einer 1:1-Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der EU und der Einstieg in ein aktives Bestandsmanagement bleiben Ziel der Fraktion.

Wir hätten gern noch mehr in das Gesetz eingearbeitet, was aber mit der SPD nicht machbar war. Ich habe dem Gesetz zugestimmt. Allerdings habe ich in einer persönlichen Erklärung ([online hier zu finden](#)) deutlich gemacht, dass ich mir diesbezüglich weitere Verbesserungen gewünscht hätte. Den Schutz des Wolfes, den internationale und EU-rechtliche Bestimmungen zum Artenschutz verlangen, respektieren wir. Aber es ist höchste Zeit für einen pragmatischen Umgang mit diesem Raubtier.



Bericht aus Berlin

Einschleppung der Afrikanischen Schweinepest nach Deutschland verhindern



Am Montagabend nahm ich gemeinsam mit Agrarpolitikern meiner Fraktion an einer Informationsveranstaltung des Bundeslandwirtschaftsministeriums zum Thema Afrikanische Schweinepest teil.

Diese Tierseuche, die für Menschen gesundheitlich unbedenklich ist, ist für Haus- und Wildschweine tödlich. Sie ist seit dem Jahr 2014 in mehreren Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auf dem Vormarsch. In Deutschland ist das Virus bisher nicht aufgetreten, die Einschleppungsgefahr ist jedoch sehr hoch. Denn nur 40 km von der deutschen Grenze, in Westpolen, wurden Fälle der Seuche bei Wildschweinen nachgewiesen. Eine Ausbreitung nach Deutschland würde nicht nur für unsere Wild- und Hausschweine eine erhebliche Gefahr bedeuten, sondern hätte auch erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen.

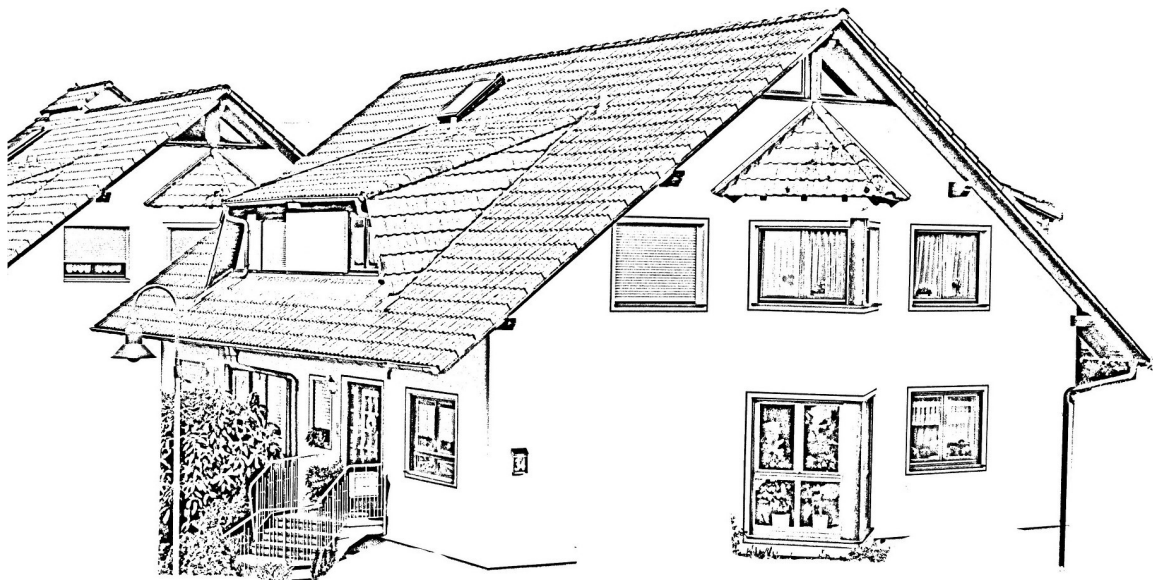
Deswegen begrüßen wir die zahlreichen Präventionsmaßnahmen der Bundesministerin und der angrenzenden Bundesländer und all die bisher getroffenen Vorkehrungen, um einen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in der Bundesrepublik zu verhindern.



Bericht aus Berlin

Nebenkosten beim Eigenheimerwerb senken — Änderungen bei Maklerprovision

Mit dem Gesetz über die Verteilung der Maklerkosten bei der Vermittlung von Kaufverträgen über Wohnungen und Einfamilienhäuser greifen wir in erster Lesung das Problem hoher Erwerbsnebenkosten bei der Bildung von Wohneigentum auf.



Vielfach etwa bleibt Käufern nichts anderes übrig, als die volle Maklerprovision von bis zu 7,14 Prozent des Kaufpreises alleine zu tragen. Um dieses Spannungsverhältnis zu entschärfen, schlagen wir einige Änderungen der Rechtslage vor. So sollen etwa Maklerverträge nur wirksam werden, wenn sie in Textform gefasst sind. Unser Ziel ist darüber hinaus, dass Maklerkosten bei geteilter Übernahme in der Regel zur Hälfte getragen und bei alleiniger Beauftragung eines Maklers nicht zu mehr als 50 Prozent weitergegeben werden dürfen.

Verlängerung der Mietpreisbremse debattiert

In erster Lesung haben wir eine Verlängerung der Mietpreisbremse für die Dauer von fünf Jahren diskutiert. Dazu soll es den Ländern erneut ermöglicht werden, ein Gebiet mit einem angespannten Wohnungsmarkt durch Rechtsverordnung für höchstens fünf Jahre zu bestimmen. Spätestens mit Ablauf des 31. Dezember 2025 sollen alle Rechtsverordnungen außer Kraft treten. Außerdem soll der Anspruch des Mieters gegen den Vermieter auf Rückzahlung bei zu viel gezahlter Miete wegen Überschreitens der zulässigen Miete bei Mietbeginn erweitert werden.



Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum

Gesetz zur Vorbereitung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich (Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz). Um Vorhaben zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur schneller umsetzen zu können, haben wir in erster Lesung über die Zulassung dieser Maßnahmen durch ein Gesetz statt durch einen Verwaltungsakt beraten. Damit beschleunigen wir einige Vorhaben und sorgen dafür, dass das vorhandene Geld für Investitionen auch tatsächlich für neue und bessere Infrastruktur eingesetzt wird.

Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich. Planungsverfahren für Ersatzneubauten sollen verschlankt werden. Zu diesem Ziel diskutierten wir in erster Lesung über die notwendigen Schritte. So soll in den Fachplanungsgesetzen der Begriff der Änderung eingegrenzt werden, um so im Ergebnis bestimmte Ersatzneubauten von einer Genehmigungspflicht zu befreien. Darüber hinaus wollen wir die Kommunen von Finanzierungsbeiträgen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz entlasten. Die neue Regelung soll auf diese Weise Investitionen in das Schienennetz beschleunigen, damit im Ergebnis Kreuzungsbauwerke schneller realisiert werden.

Kurzzeitpflege stärken und eine wirtschaftlich tragfähige Vergütung sicherstellen. Vor dem Hintergrund, dass der Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen stagniert, diskutierten wir Wege zur Sicherstellung von Angeboten verlässlicher Kurzzeitpflege. In diesem Zusammenhang soll erreicht werden, dass Länder, Kommunen und Pflegeeinrichtungen wie -kassen dem gesetzlichen Auftrag zum Ausbau der Versorgungsstruktur nachkommen und vor allem die Pflegeinfrastruktur ausbauen.

Wissenschaftskommunikation stärken – Strukturen sichern, neue Möglichkeiten schaffen. Mit unserem Antrag wollen wir die Wissenschaftskommunikation und den Wissenschaftsjournalismus in Deutschland mit dem Ziel stärken, die Menschen stärker am wissenschaftlichen Fortschritt teilhaben zu lassen. Mit einer größeren Verbreitung von faktenbasiertem Wissen soll eine stärkere Sachorientierung ermöglicht werden. Die hierfür geeigneten Maßnahmen reichen von der intensiven Unterstützung der Stiftung "Haus der kleinen Forscher" bis hin zu kommunikativen Qualifizierungsmaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Einen Überblick über die rund 26 Stunden des Plenarbetriebs finden Sie [hier](#).



Ingrid Pahlmann MdB gemeinsam mit dem Berliner Team (v.l.): Dorothee Feldkamp, Agata Kloc und Marian Meyer

Gemeinsam mit meinem Team in Berlin, Gifhorn und Peine wünsche ich Ihnen und Ihren Nächsten ein besinnliches, frohes Weihnachtsfest, einen guten Rutsch sowie viel Glück und Gesundheit für das Jahr 2020.

Ich freue mich auf weiteren Austausch und persönliche Begegnungen mit Ihnen im neuen Jahr.

Bei Fragen und Anregungen stehe ich Ihnen mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr gerne zur Verfügung.

Mit den besten Wünschen
Ihre Ingrid Pahlmann MdB



**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-2340
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Fotos

Kopfzeile S. 2-7: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde
Kopfzeile S. 9: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann
Alle weiteren Fotos: Pixabay und privat